

Verein zur Förderung der Bildung
- VFB Salzwedel e.V. -



Kompetenzzentrum
Kommunale Konfliktberatung

Dokumentation der Fachtagung

„Mitmachen, mitdenken, mitstreiten – Kommunales Leben braucht Beteiligung“

14. und 15. November 2019 in
Magdeburg und Oschersleben (Bode)

Kontakt:

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

Verein zur Förderung der Bildung
- VFB Salzwedel e.V. -

Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel

Telefon: 03901 30149 -0

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

Internet: www.vfb-saw.de

Der Verein zur Förderung der Bildung Salzwedel - VFB Salzwedel e.V. - ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 Förderprogramme der beruflichen Bildung umsetzt und Maßnahmen zur Demokratieförderung durchführt. Er ist Träger der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie des Altmarkkreises Salzwedel. 2016 wurde der Arbeitsbereich Kommunale Konfliktberatung beim Verein etabliert. Derzeit bietet er in unterschiedlichen Zusammenhängen Beratungsprozesse in Kommunen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an.

Die Projekte „Integration und Teilhabe durch Kommunale Konfliktberatung“ und „Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten!“ werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert. Das Modellvorhaben „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.



Gefördert durch:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration



Gefördert durch:



Programm

14. November 2019

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration, Haus C, Turmschanzenstraße 25, 39114 Magdeburg

11:00 Uhr **Ankunft und Imbiss**

12:00 Uhr **Eröffnung und Einführung**

Susi Möbbeck, Staatssekretärin und Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt

Thomas Koberstein, Geschäftsführer, VFB Salzwedel e.V.

Anna Stein, Dr. Ulrike Gatzemeier und Tobias Pabel, Projektleitungen, VFB Salzwedel e.V.

12:45 Uhr **Vortrag und Diskussion**

„Beteiligung ist eine Aufgabe der Kommune - aber nicht allein ihre Aufgabe“
Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“

René Schernikau, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck

13:45 Uhr **Vortrag und Diskussion**

„Begleiter des Zusammenwachsens: Warum wir uns über Konflikte in der Integrationsgesellschaft freuen sollten“

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück

15:45 Uhr **Forum Integration, Konflikt, Prävention**

Parallele Diskussionsforen mit Expert*innen zu kommunaler Kriminalitäts- und Gewaltprävention, kommunaler Integration, Krisendialogen und weiteren Fachthemen

1. Diaspora-Gemeinden zwischen Abgrenzung und Integration

Dr. Dieter Reinhardt, Universität Heidelberg

2. Kommunale Konflikte als Herausforderung für die Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm)

Sven Forkert, Geschäftsführer des Landespräventionsrats Sachsen

3. Erfahrungen mit den Kommunalen Integrationszentren in NRW

Marijo Terzic, Leiter des Kommunalen Integrationszentrums Duisburg

4. Wie lässt sich ein wirksamer Dialog in Krisenzeiten herstellen? Über das Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“

Dr. Willi Hetze und David Gäbel, Technische Universität Dresden

5. Vielfalt gestalten, Konflikte bearbeiten: Erfahrungen mit Modellvorhaben in Demokratie leben! zur Arbeit an Konflikten im kommunalen Raum in Sachsen-Anhalt

Anna Stein, VFB Salzwedel e.V. und Marilyn Lürtzing, Friedenskreis Halle e.V.

17:00 Uhr **Vorstellung der Ergebnisse im Plenum**

17:45 Uhr **Abschluss des ersten Tages**

Programm

15. November 2019

Burgsaal, An der Burg 1, 39387 Oschersleben (Bode)

09:00 Uhr **Begrüßung**

09:30 Uhr **Workshops: Beteiligung und Engagement**

Was verstehen wir unter Beteiligung? Welche Bedingungen braucht es für wirksames kommunales Engagement?

Parallele Arbeitsgruppen mit Praktiker*innen und Expert*innen

1. Zukunftsgespräche und Beteiligung – Erfahrungen aus Gardelegen
Mandy Schumacher, Bürgermeisterin Gardelegen
2. Was bedeutet das für uns? Umgang mit politischen Veränderungen in den Kommunen im Jahre 2019
Thomas Weidlich, Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung und Angela Klier, Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit und Engagement e.V.
3. Engagement in ländlichen Gemeinden – Beispiel Altmark
Marco Wille, Ortsbürgermeister Wenze und Christian Konrad, VFB Salzwedel e.V.
4. Aufgaben kommunaler Präventionsgremien bei der Bearbeitung von Konflikten
Ines Vorsatz, Leiterin der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rats der Stadt Chemnitz
5. Konfliktbewältigung mit Geflüchteten
Bilal Almasri und Iyad Asfour, EIRENE

10:30 Uhr **Open Space: Ergebnispräsentation**

11:15 Uhr **Podiumsdiskussion mit Gästen aus Kommune, Zivilgesellschaft und Wissenschaft**

„Welche Art von Beteiligung schafft Teilhabe und Engagement?“

Auf dem Podium:

Jana Henning, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hansestadt Osterburg

Dr. Ulrike Gatzemeier, VFB Salzwedel e.V.

Isabella Bauer, Trainerin und Beraterin

Yinka Kehinde, Interkulturelle Trainerin

Dr. Thomas Harborth, BEWOS Wobau GmbH Oschersleben (Bode)

Moderation:

Dr. Angela Mickley, Fachhochschule Potsdam

12:40 Uhr **Abschluss und Ausblick**

Vorwort

Gesellschaftliches Miteinander in Städten und Gemeinden gelingt dort, wo aus Beteiligung Teilhabe wird. Aber wie geht das? In einer zunehmend globalisierten und mobilen Welt werden Lebensentwürfe auch auf kommunaler Ebene vielfältiger und widersprüchlicher. Sie bringen verschiedene Bedürfnisse und Perspektiven mit sich. Dies führt dazu, dass politische Vorgaben und Erwartungen verschiedener Akteursgruppen nicht immer im Einklang miteinander stehen und ausgehandelt werden müssen. Dies wird auch deutlich in der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Flucht und Integration und dem Umstand, dass Teile der Bevölkerung sich nicht wahrgenommen und ausgegrenzt fühlen.

Wir reden also von Teilhabe, während gleichzeitig Spannungen spürbar sind. Wir wollen zeigen, dass das kein Widerspruch ist, denn Konflikte bieten Chancen für Beteiligung: Durch Dialog und gemeinsames Arbeiten an Herausforderungen werden Voraussetzungen für Selbstwirksamkeitserfahrungen und die Entwicklung von gemeinsamen Zielen geschaffen.

Mit diesen Grundgedanken diskutierten wir in unserer zweitägigen Fachtagung **„Mitmachen, mitdenken, mitstreiten – Kommunales Leben braucht Beteiligung“** mit Praktiker*innen, wie Städte und Gemeinden Konflikte bearbeiten und sie nutzen können, um das Gemeindeleben zu stärken und gesellschaftliche Integration voranzubringen. Am ersten Tag standen Erfahrungen aus den Vorhaben des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel und seiner Partner*innen im Vordergrund. Aspekte von Integration, Prävention, Beteiligung und Konfliktbearbeitung, die auch für Politik relevant sind, wurden durch kommunale Akteur*innen zur Sprache gebracht. Am zweiten Tag wurde insbesondere die Praxis im ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg in den Mittelpunkt gerückt.

Die Tagung fand im Rahmen dreier Vorhaben des Kompetenzzentrum für Kommunale Konfliktberatung statt: *„Demokratiestärkung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“*, *„Integration und Teilhabe durch Kommunale Konfliktberatung“* und *„Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten“*. Sie richtete sich an gegenwärtige und zukünftige Partner*innen des VFB Salzwedel sowie Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die vorliegende Dokumentation kann die Diskussion nicht ersetzen, soll aber einen Einblick in die Inhalte und Ergebnisse unserer Veranstaltung geben. Ganz herzlichen Dank allen Tagungsgästen für ihr Kommen und die rege Diskussion. Den Referent*innen herzlichen Dank für ihre Anregungen, dem Ministerium für Arbeit und Soziales in Magdeburg und der Stadt Oschersleben (Bode) für das freundliche Willkommen. Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns auf die gemeinsame Weiterarbeit.

Anna Stein, Dr. Ulrike Gatzemeier und Tobias Pabel
Projektleiter*innen

Eröffnung und Grußworte

Die Fachtagung wurde am 14. November 2019 im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration in Magdeburg mit Grußworten von Susi Möbbeck, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt und Integrationsbeauftragte der Landesregierung, sowie von Thomas Koberstein, Geschäftsführer des VFB Salzwedel, eröffnet. Auch die Projektleiter*innen des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel, Anna Stein, Dr. Ulrike Gatzemeier und Tobias Pabel, begrüßten die Fachtagungsgäste herzlich.

Susi Möbbeck berichtete von bestehenden Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt zu Integration, Teilhabe und Beteiligung. Auf kommunaler Ebene sei es wichtig mehr Angebote für Beteiligung und Teilhabe zu schaffen, denn daraus ergeben sich viele Chancen für das Zusammenleben im Land. Die Prozesse der Kommunalen Konfliktberatung leisten hierbei einen wichtigen Beitrag: Es sei wichtig Konflikte zu erkennen, aufzugreifen und gemeinsam Lösungen auszuhandeln. Thomas Koberstein zeichnete die Entwicklung des Arbeitsbereichs Kommunale Konfliktberatung im VFB Salzwedel seit 2015 nach. Bisher seien mehrere Projekte initiiert und durchgeführt worden, unter anderem mit Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU, verschiedener Landesprogramme der beteiligten Bundesländer sowie privater Stiftungen wie der Freudenberg Stiftung. Der jüngste Schritt im Bereich Kommunale Konfliktberatung im VFB Salzwedel sei die Gründung des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung im Frühjahr 2019, welches die Erfahrungen der unterschiedlichen Projekte zusammentragen und für Kommunen verfügbar macht. Auf diese Weise soll ein Beitrag zur Förderung von Demokratie, Radikalisierungsprävention und gesellschaftlicher Integration in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen und weiteren Bundesländern geleistet werden. Herr Koberstein sprach besonderen Dank an die beteiligten Bundesländer und die Freudenberg Stiftung aus, welche das Kompetenzzentrum und die Projekte im Bereich Kommunale Konfliktberatung unterstützen.

Einblick in die Arbeit gewährten die Projektleitungen der aktuellen Vorhaben. Insgesamt werden derzeit mehrere Kommunen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen beraten. Eine wichtige Erkenntnis der Arbeit sei, dass es häufig eine unterschiedliche Wahrnehmung bezüglich der Möglichkeiten zur Beteiligung gibt: Bürger*innen zeigten ein großes Interesse an Beteiligung, bestehende Möglichkeiten der Teilhabe seien aber häufig nicht bekannt oder werden nicht wahrgenommen. Für die Arbeit der Projekte sei es außerdem wichtig, mit verschiedenen Akteur*innen in Kontakt zu bleiben, Impulse zu setzen und zu bekommen. Die Partnerfachtagung in Magdeburg sei daher eine von drei Veranstaltungen einer gemeinsamen Tagungsreihe des VFB Salzwedel mit EIRENE – Internationaler Friedensdienst und dem Friedenskreis Halle. Darüber hinaus tragen auch Kooperationen mit verschiedenen Forschungsinstituten dazu bei, Erkenntnisse und Impulse aus der Forschung in die Praxis zu tragen und dort umzusetzen.

„Beteiligung ist eine Aufgabe der Kommune - aber nicht allein ihre Aufgabe“

Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“

Vortrag von René Schernikau, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck
(im Wortlaut)

„Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Möbbek, sehr geehrte anwesende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sehr geehrter Herr Koberstein, sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich darüber, Ihnen auf dieser Fachtagung mit dem Titel „Mitmachen, mitdenken, mitstreiten – Kommunales Leben braucht Beteiligung“ von den Erfahrungen berichten zu können, die vier Gemeinden in der Altmark im nördlichen Sachsen-Anhalt seit 2017 im Rahmen des Modellvorhabens „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ gemacht haben.

Die Hansestadt Gardelegen, die Einheitsgemeinde Stadt Kalbe (Milde), die Hansestadt Osterburg und die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck liegen im Altmarkkreis Salzwedel und im Landkreis Stendal. Die Altmark hat sich in den vergangenen drei Jahren von einer durch Landwirtschaft und Industrie geprägte Arbeitswelt in eine Dienstleistungs- und Pendlergesellschaft entwickelt. Sie gehört zu den Regionen Deutschlands mit dem höchsten Investitionsbedarf, zu den am dünnsten besiedelten Regionen und ist teilweise weit von überregionalen Verkehrswegen entfernt. Sie ist hohen demografischen Veränderungen ausgesetzt: Viele junge Menschen ziehen weg, vor allem Menschen mit höherem Bildungsabschluss, die an anderen Orten Arbeit finden.

Die Veränderungen in den 1990er Jahren und damit einhergehende biografische Brüche sowie ein Jahrzehnt später die Gemeindegebietsreformen von 2004/2005 und 2009 – 2011 haben noch heute Auswirkungen auf das Empfinden der Einwohner und Einwohnerinnen von Gemeinden, die diese Umstrukturierung erfahren haben. Viele Menschen in den ländlichen Regionen im Norden Sachsen-Anhalts erleben daher Verunsicherung und verbinden dies mit der Erfahrung, in den 1990er Jahren „abgewickelt“ worden zu sein, mit der Hilflosigkeit zu Zeiten der Elbeflut 2013, mit dem allgemeinen Abbau von dezentralen Dienstleistungen, u.a. nun zu einer einheitlichen Generationen übergreifenden Erzählung von Vernachlässigung, Ohnmacht und einer 2-Klassengesellschaft. Dies stellt für sie den Mehrwert politischer Institutionen in Frage und verstärkt negative Einstellungen gegenüber pluraler Demokratie.

Obwohl diese Strukturen die gesamte Region in ähnlicher Weise betreffen, zeigt sich im Vergleich, dass die Wirkungen der genannten Faktoren in jeder Gemeinde individuell unterschiedlich ausfallen. Im Austausch innerhalb des Beratungsprozesses haben wir erlebt, dass in benachbarten Gemeinden die Fragestellungen und Herausforderungen recht unterschiedlich ausfallen können und daher auch jeweils angepasste Instrumente erforderlich machen.

Es treten unterschiedliche Mischungen folgender Wirkungen auf, z.B.:

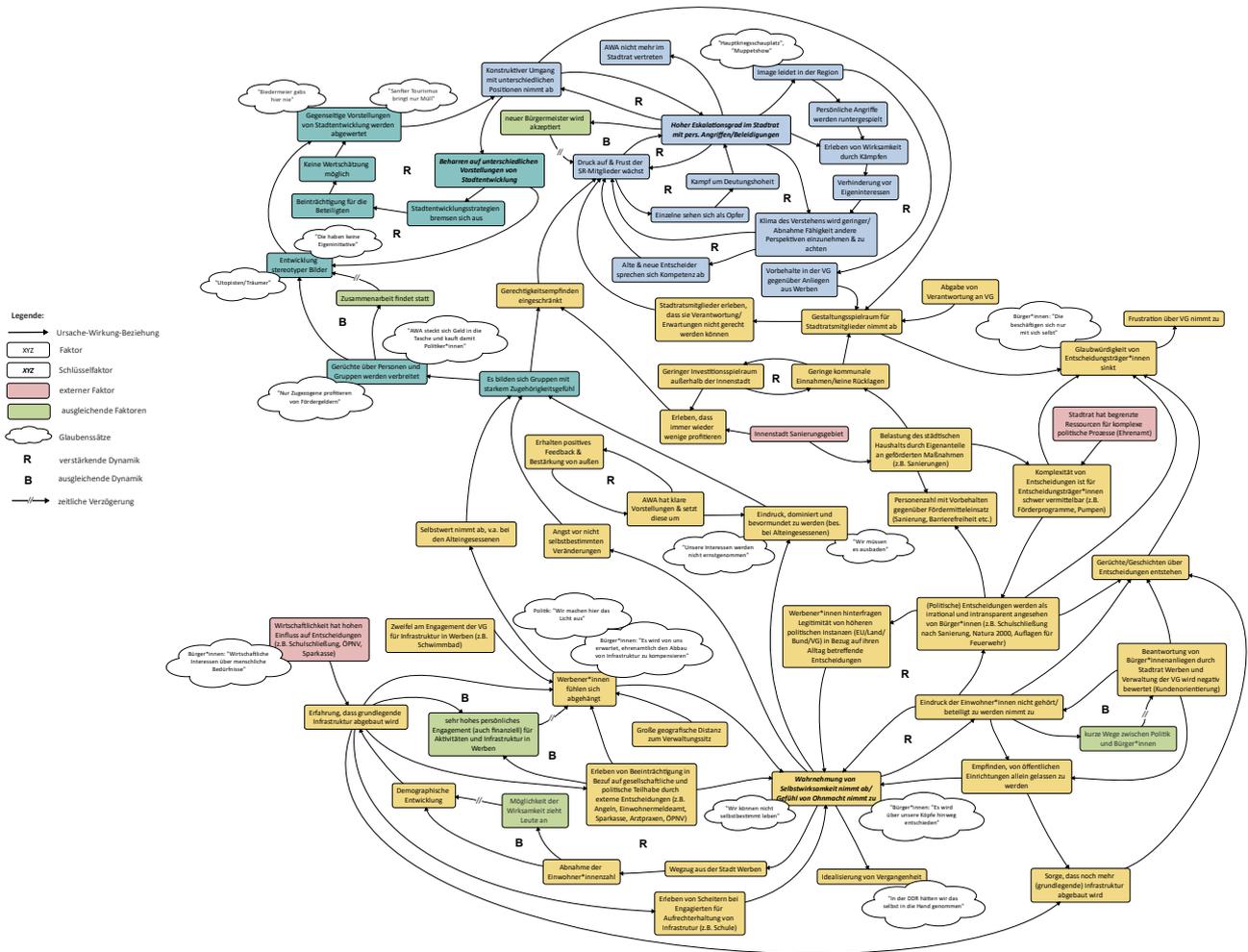
- Zweifel an politischen Institutionen,
- Identitätsfragen und mangelnde Identifikation mit der jeweiligen Einheitsgemeinde,
- Rollenunklarheiten zwischen Verantwortlichen innerhalb der Gemeinden (z.B. der Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte),
- Beeinträchtigung des Verhältnisses von Ortsteilen und Einheitsgemeinde,
- Forderungen nach garantierter Vertretung von eingemeindeten Ortsteilen in der städtischen Politik.

Neue Akteur*innen füllen entstehende Lücken und machen den Bürger*innen Angebote, ihre Anliegen zu vertreten, sowie Versprechungen, die sie angesichts begrenzter Haushalte nicht einlösen werden. Der Kampf um Einfluss in der Gemeinde spitzt sich zu, z.B. durch Konkurrenzen zwischen Ortsteilen oder unter lokalen Vereinen.

Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen uns diesen Herausforderungen. Wir setzen uns mit den Bürger*innen und ihren Bedürfnissen, Interessen und Wünschen auseinander. Kommunale Verwaltung und Politik werden von ihnen im Alltag als Gesicht des Staates wahrgenommen. Dies gilt unabhängig von der tatsächlichen Zuständigkeit als unterer Verwaltungsebene oder davon, ob wir tatsächlich für Entscheidungen verantwortlich sind oder ob wir diese nur stellvertretend für das Land oder den Bund umsetzen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Gemeindeleben funktioniert, der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden gewahrt werden. Diese Verantwortung übernehmen wir gerne. Selten erhalten wir dafür Lob. Viel häufiger werden wir in Frage gestellt – was in einer Demokratie richtig und notwendig ist. Häufig werden wir und unsere Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen und in den Gemeinderäten auch beleidigt, beschimpft und bedroht. Man muss es aus ganzer Überzeugung wollen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Die Zusammenarbeit mit dem VFB Salzwedel in diesem Beratungsprojekt hat uns die Möglichkeit gegeben, uns einen Blick von außen auf das Zusammenspiel unterschiedlicher Dynamiken in unseren Gemeinden hereinzuholen und Instrumente für einen auf Wirkungen orientierten Umgang mit den Herausforderungen und Konflikten zu entwickeln. Das sieht dann so aus:



Dies ist die Visualisierung der Systemischen Situations- und Konfliktanalyse der Hansestadt Werben, der kleinsten Hansestadt im neuzeitlichen Hansebund und eine der eigenständigen Mitgliedsgemeinden in der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck, der ich als Bürgermeister vorstehe. Die Beraterinnen und Berater des VFB Salzwedel haben im Frühjahr 2019 in Werben mit einer relevanten Zahl von Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gesprochen, Dokumente wie Gemeindeordnungen, Ratsbeschlüsse, Presseartikel u.a. gelesen sowie für das Verständnis der Situation in Werben hilfreiche Studien gesichtet, um dann auf dieser Grundlage eine derartige Analyse anzufertigen.

Die Analyse wird uns dazu dienen, zu überlegen, wie wir ein aktives Gemeindeleben gestalten, eskalierte Konflikte bearbeiten, Synergien zwischen den Maßnahmen und Initiativen unterschiedlicher Akteur*innen herstellen und Wirkungen der eingeschlagenen Wege überprüfen. Auf diese Weise können wir gezielt gegen Politikverdrossen, Ablehnung demokratischer Institutionen, Radikalisierung

und für die gesellschaftliche Integration aller Gruppen handeln. Es gilt, den Eindruck der Mitglieder der Gemeinde zu überwinden, die sich vernachlässigt fühlen. In einer der Befragungen in dem nun zu Ende gehenden Projekt sagten junge Leute den Satz „Ohne Bürger*innen keine Stadt“. Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger nicht bei Entscheidungen mitnehmen und gewinnen, dann haben wir verloren.

In den anderen Gemeinden, in Gardelegen, Osterburg und Kalbe, wurde nach der Erstellung der Systemischen Situations- und Konfliktanalysen bereits daran weitergearbeitet. Diese Prozesse sind noch nicht wirklich abgeschlossen. Interessante Vorschläge, die im Rahmen der Beratung von den Beteiligten vor Ort selbst entwickelt wurden, sollten in der Umsetzung begleitet werden, z.B.

- Der Vorschlag von Verwaltungsmitarbeiter*innen in einer der Gemeinden, sachkundige Einwohner*innen in Zukunft nicht nach Parteienschlüssel auszuwählen, sondern sie aus einer öffentlich erstellten Liste per Losverfahren zu bestimmen.
- Ein Speed-Dating zwischen neuen Stadtratsmitgliedern und Bürger*innen durchzuführen, um Kontakt und Austausch zu verbessern.
- Eine gemeinsame Vision für die betroffene Gemeinde zwischen Vereinen und Stadtrat zu entwickeln.
- Themen, die im Rahmen des IGEEK-Prozesses in einer Gemeinde aufgeworfen wurden, aber nicht bearbeitet werden konnten, nachvollziehbar zu bearbeiten.
- Eine geeignete Kombination aus Online-Kommunikation und Kontakt von Angesicht zu Angesicht zwischen Verwaltung und Bürger*innen zu entwickeln, denn unsere Verwaltungen verstehen sich als Dienstleister für ihre Bürgerinnen und Bürger.
- Vertretung von Ortsteilen, die keine eigenen Ortschaftsräte haben, in der Beratung von Beschlüssen durch andere lokale Strukturen.
- ... und andere Beispiele.

In Arneburg-Goldbeck haben wir schon davon profitiert, dass wir uns mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen am Vorhaben beteiligten Gemeinden austauschen konnten. Zurzeit sind wir dabei, mit dem VFB Salzwedel über die Weiterführung der Beratung zu sprechen.

Amtsträger*innen sind angesichts begrenzter kommunaler Haushalte immer stärker in einer moderierenden Rolle, die auch die Mobilisierung der lokal vorhandenen Ressourcen einschließen muss. Der Druck ist hoch und der daraus entstehende Verschleiß ein großes Risiko für diejenigen, die Verantwortung übernehmen, und ihre Familien, weil erwartet wird, dass wir Klarheit bringen und Entscheidungen treffen, dabei aber häufig auch wieder in Frage gestellt werden. Als kleine ländliche Kommunen brauchen wir dafür die beschriebene Expertise und können sie auch nicht aus unseren eigenen Mitteln hervorbringen. Wir sind dankbar dafür, dass es kompetente Ansprechpartner wie den VFB Salzwedel in der Region gibt. Wir hören jedoch auch, dass die Nachhaltigkeit der Strukturen bedroht ist, da Förderungen immer nur aus Projektmitteln und für begrenzte Zeiträume erfolgen.

Wenn wir dauerhaft an Demokratieförderung, an der Prävention von Radikalisierung, am Zusammenhalt unserer lokalen Gesellschaften und an der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten arbeiten wollen, braucht es diese verlässlichen Ansprechpartner.“

Diskussion:

Im Anschluss an den Vortrag diskutierte Herr Schernikau gemeinsam mit dem Veranstaltungsteilnehmer*innen: Auf die zugespitzte Frage: „Wozu überhaupt Beteiligung? Warum müssen alle aktiv werden?“ antworteten anwesende Bürgermeister*innen, dass durch Beteiligung die Gemeinschaft und Solidarität in der Gesellschaft gestärkt werde. Sie selbst wollten auch nicht nur „mitgenommen“ werden, sondern sich aktiv beteiligen. Weiterhin benötige Beteiligung Gestaltungsspielraum, der aber auch mit dem Risiko einhergehe, dass Beteiligung auch auf negative Weise genutzt werden könne. In der weiteren Diskussion wurde über Bürger*innendialoge als Beispiel von Beteiligung gesprochen. Oftmals würden die Probleme in Kommunen zwar gesehen, anschließende Handlungen, wie z.B. regelmäßige Bürger*innendialoge durchzuführen, jedoch nicht immer ergriffen. Dabei gebe es in Gemeinden viel Kommunikationsbedarf: Viele Bürger*innen seien mit den oftmals komplexen Sachverhalten überfordert und es sei herausfordernd die vielschichtigen Zusammenhänge zu erklären. Wichtig sei es, Prozesse der Verwaltung transparent und offen zu gestalten, damit sie weniger angreifbar sind. Die Bedarfe für Beratungsprozesse in Gemeinden seien daher vorhanden. Gefragt wurde auch, welche Voraussetzungen die Bereitschaft sich auf Beratung einzulassen und mit Konflikten auseinanderzusetzen erhöhen können.





„Begleiter des Zusammenwachsens: Warum wir uns über Konflikte in der Integrationsgesellschaft freuen sollten“

Vortrag von Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück

Der Vortrag von Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani begann mit der Feststellung, dass Konflikte nicht grundsätzlich negativ seien, sondern in ihnen Potenzial zur Veränderung liege und sie als konstruktiv betrachtet werden sollten. El-Mafaalani, der 2018 Abteilungsleiter im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen war und dort die Integrationspolitik des Landes koordinierte, erläuterte, dass Integration und Migration die komplexesten Themenfelder innerhalb der Politik seien. Durch die Verwobenheit auf EU, Bundes, Landes und Kommunalen Ebene ergäben sich Doppelstrukturen und Lücken. Da sich Menschen mit Fluchterfahrung hauptsächlich innerhalb der Kommunen bewegen, sollten vor allem die Integrationsstrukturen „vor Ort“, also in den Gemeinden und Kommunen, gestärkt werden.

Den Zusammenhang von Integration und Konflikten verdeutlichte El-Mafaalani anhand folgender Metapher: Die Gesellschaft sei wie ein Raum, in dessen Mitte ein Tisch stehe an dem Menschen sitzen. In diesem Raum gehe es um Macht und Strukturen. Beispielsweise standen die sogenannten Gastarbeiter*innen, die ab den 1960er Jahren hauptsächlich nach Westdeutschland kamen, erstmal am Rand des Raumes. Deren Kinder setzten sich mit an den Tisch. Der dritten Generation gehe es nicht mehr nur darum, nur am Tisch zu sitzen, sondern auch „ein Stück vom Kuchen“ zu bekommen. Sie wollen mitreden und stellen Fragen, wie: „Nach welchem Prinzip wird der Kuchen verteilt? Ist das noch das richtige Rezept für den Kuchen?“ Dadurch, dass sich in den vergangenen dreißig Jahren mehr Menschen an den Tisch gesetzt und ihren Platz dort eingefordert hätten, sei dieser entsprechend vielfältiger geworden. Es sitzen nun Menschen mit diversen Interessen, Erfahrungen und Wahrnehmungen zusammen. Durch die sich veränderte Aufteilung des Kuchens und das Infragestellen der (gesellschaftlichen) Rezeptur, werden am Tisch/in unserer Gesellschaft heute vermehrt kulturelle Themen, Identitäten und die Definition des „deutsch seins“ diskutiert. Durch die Erweiterung der Teilhabe ändere sich nicht nur das „Rezept“ der Gesellschaft — auch das Konfliktpotenzial wachse. Diese Entwicklung nennt El-Mafaalani das „Integrationsparadox“. „Die Stimmung am Tisch ist schlecht“, denn je mehr Menschen an diesem sitzen, desto weniger Macht habe der*die Einzelne. Auch am Boden, um den Tisch herum, sitzen noch immer viele Menschen – ihnen gehe es zwar nicht schlechter als früher, doch subjektiv fühlen sie sich benachteiligter. Denn es sei ein Unterschied ob 90% der Bevölkerung am Boden sitzen oder nur 40%. Auf diese Benachteiligung werde mit Wut oder Resignation reagiert. Außerdem würden diejenigen, die am Tisch sitzen, den Personen am Boden die Verantwortung und Schuld daran geben, dass sie sich keine Mühe gäben, sonst würden sie auch am Tisch sitzen: damit habe sich auch der Begriff des Sozialen verändert. Die Frage bleibe, wie die Gesellschaft mit steigenden Spannungen und Konflikten umgehen solle.

Zu Zeiten der BRD und DDR seien Zwang und Unterdrückung der Klebstoff gewesen, der die Gesellschaft zusammenhielt. Heutzutage, so scheint es für El-Mafaalani, seien es die Konflikte selbst, die die Gesellschaft zusammenhalten. Diese Konflikte seien aber nicht per se schädlich: vielmehr erlauben sie bestehende Normalitäten zu diskutieren und diese neu auszuhandeln. Dies führe unter anderem dazu, dass im Vergleich der letzten Jahrzehnte noch nie so viele Menschen in der Gesellschaft teilhaben konnten wie heute. Weiterhin erleichterten soziale Medien die Beteiligung am Diskurs und ermöglichten

„alles zu sagen und so tabulos zu sprechen wie noch nie zuvor“. Gleichmaßen gäbe es auch unendlich viele Möglichkeiten zu widersprechen — ein Umstand, der bei einigen zu dem Gefühl beitrage, dass Meinungsfreiheit eingeschränkt werden würde, während das Gegenteil der Fall sei.

Die Möglichkeit zur Beteiligung unterscheide sich jedoch zwischen Stadt und Land: in Städten bestünden für Neuzugewanderte mehr und oftmals bessere Strukturen. Es gebe außerdem einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland durch die unterschiedliche Vergangenheit mit Migrationsbewegungen. In Westdeutschland, vor allem in den größeren Städten, organisierten sich Migrant*innen oftmals selbst und leisteten seit Jahren das, was der Staat nicht leisten könne. Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass keine Strategie auf alle Orte und alle Kontexte übertragbar seien — eine Differenzierung für die spezifischen Kontexte sei immer nötig.

Im Gespräch mit den Tagungsteilnehmenden bezüglich der Beteiligung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung, verwies El-Mafaalani auf die Wissenschaftlerin Naika Foroutan, welche zu Gemeinsamkeiten von Migrant*innen und Menschen in Ostdeutschland forscht. Sie schreibt, dass Geflüchtete ihre Heimat verlassen und die Menschen in Ostdeutschland von ihrer Heimat verlassen wurden. Gemeinsam sei den beiden Gesellschaftsgruppen der Statusverlust.



Parallele Diskussionsforen mit Expert*innen zu kommunaler Kriminalitäts- und Gewaltprävention, kommunaler Integration, Krisendialogen und weiteren Fachthemen

1. Diaspora-Gemeinden zwischen Abgrenzung und Integration

Dr. Dieter Reinhardt, Universität Heidelberg (Moderation: Tobias Pabel)

*Der Begriff der Diaspora lenkt den Blick auf die Funktionen dieser Migrant*innen-Gruppen in der Gesellschaft und auf ihre Entwicklung: konstruktiv; wie die Vermittler*innen oder Brückenbauer*innen zwischen Kulturen, herausfordernd, wie die Bedingungen für gelingende oder ausbleibende ‚Integration‘; schwierig, wie die politische Radikalisierung. Am Beispiel der Bangladeschi-Diaspora wird exemplarisch untersucht, welche neuen Perspektiven für kommunales Handeln daraus entstehen, wie aber auch transnationale Identitätsnetzwerke das Integrations- und Konfliktgeschehen in Kommunen beeinflussen können. Es findet auch ein Austausch zu den Inhalten und Zielen des Teilprojekts Bangladeschi-Diaspora im VFB-Projekt 'Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten' statt.*

Laut Dr. Dieter Reinhardt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Asienwissenschaften und Transkulturelle Studien (CATS) der Universität Heidelberg, charakterisieren sich Diaspora-Communities durch Migration, ein (oftmals idealisiertes) kollektives Gedächtnis, Verbindungen zur Heimatregion und anderen Diaspora-Communities weltweit sowie durch ein gemeinsames Gruppenbewusstsein. Am Beispiel der Bangladeschi-Diaspora wurde diskutiert, welche Faktoren Radikalisierung befördern und einer konstruktiven Integration im Wege stehen. Die räumliche Verteilung bzw. Konzentration der Communities, vor allem aber religiös und kulturell geprägte Identitätsnetzwerke, bilden Hemmnisse der beiderseitigen Integration in Deutschland.

Dazu wurden auch die transnationalen Beziehungen der Bangladeschi-Community in den Blick genommen. Die Community in Deutschland werde sowohl durch das Heimatland als auch durch andere Bangladeschi-Diaspora-Gemeinden beeinflusst. Anknüpfungspunkte zu anderen religiösen Akteur*innen aus dem salafistischen Milieu würden zur Radikalisierung und zur Abgrenzung beitragen. Darauf werde seitens staatlicher Sicherheitsbehörden ein Hauptaugenmerk gerichtet, die die begrenzte öffentliche Wahrnehmung prägen.

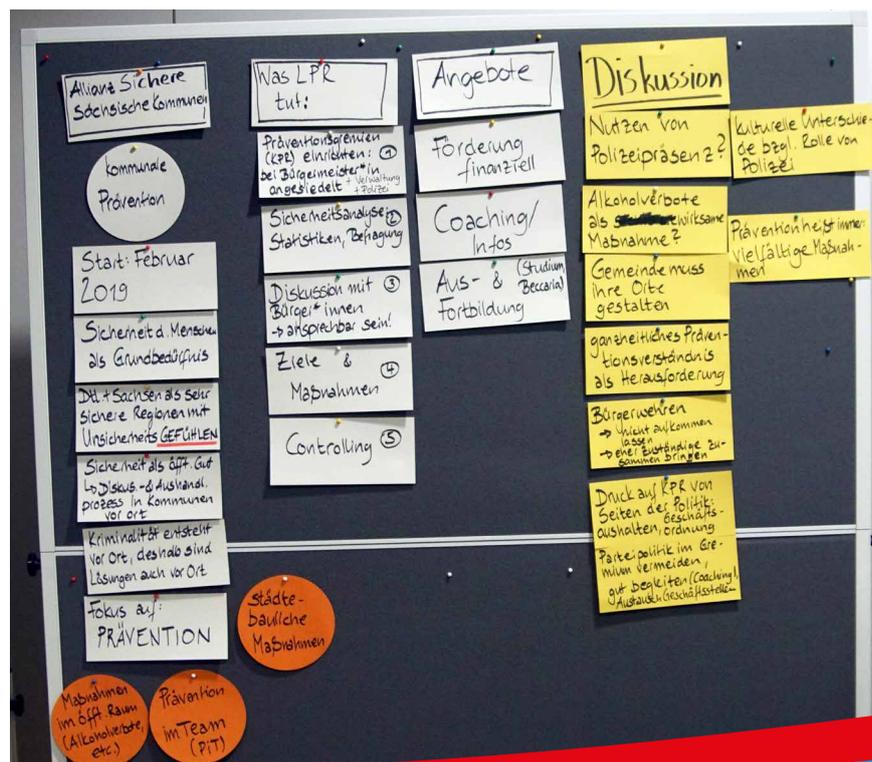
Die Diskussion warf die Frage auf, welche Bedarfe die Communities in Deutschland haben und welche Angebote Kommunen an die Bangladeschi-Diaspora-Communities machen können. Welche Entscheidungen müssen getroffen werden, um konstruktive Integration zu befördern? Eine partizipative Analyse der Bedarfe oder die Dezentralisierung der Community durch die Kommunen könnten Analyse- und Steuerungsmechanismen einer konstruktiven Integration darstellen. Das CATS wird im Rahmen des Projektes „Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten“ diese und andere Fragen untersuchen.

2. Kommunale Konflikte als Herausforderung für die Allianz Sichere Sächsische Kommunen

Sven Forkert, Geschäftsführer des Landespräventionsrats Sachsen (Moderation: Agnes Sander)

Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle angeht. Dabei kommt den Kommunen eine maßgebliche Rolle zu. Besonders die Diskrepanz zwischen dem Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und der tatsächlichen Lage macht deutlich, dass in den Kommunen als sozialen Aktionsräumen viel früher angesetzt werden muss, um negativen Entwicklungen entgegen zu wirken. Dabei ist Prävention ein Ansatz, der hilft, bedarfsorientiert neue Sicherheitsstrategien auf lokaler Ebene zu entwickeln und damit den sozialen Zusammenhalt einerseits und die gesellschaftliche Teilhabe andererseits, vor allem die individuelle Zufriedenheit zu fördern. Mit der „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (ASSKomm) sollen sämtliche bestehende oder noch zu entwickelnde Bausteine in Sachsen zu einem Baukastensystem für Kommunale Prävention zusammengeführt werden, aus welchem sich die Kommunen je nach individueller Bedarfslage bedienen können.

Im Diskussionsforum stellte Sven Forkert, Geschäftsführer des Landespräventionsrates Sachsen, zunächst die Allianz Sichere Sächsischer Kommunen vor. Die ASSKomm startete im Februar 2019 mit ihrer Arbeit und konnte seitdem bereits mehrere Kommunen für die Zusammenarbeit gewinnen. Ziel sei es, auf kommunaler Ebene Präventionsgremien einzurichten, die sich ganzheitlich mit dem Thema Prävention in ihrer Kommune befassen. Voraussetzung für ein wirkungsvolles Arbeiten der Präventionsgremien sei eine Sicherheitsanalyse zu Anfang der Arbeit, Kontaktaufnahme mit Bürger*innen und auf Basis der vor Ort vorgefundenen Situationen und Bedingungen ein Bündel an vielfältigen Maßnahmen. Herausforderung in der Arbeit des Landespräventionsrates sei vor allem die Vermittlung eines ganzheitlichen Präventionsverständnisses, das die Kommune in ihrer Vielfalt in den Blick nimmt und sich nicht ausschließlich auf Kriminalstatistiken fokussiert. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Erwartung an Präventionsräte, in kurzer Zeit für weniger Kriminalität zu sorgen, sehr hoch sei, und in diesem Sinne häufig mit mehr Polizeipräsenz auf Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung reagiert wird. Prävention setze aber sehr viel breiter an und frage nach den Gründen für Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung bzw. greife nicht erst dann, wenn Kriminalität bereits zutage tritt. Es gehe mehr darum, die Bedingungen für kriminelles Handeln und Unsicherheitsgefühle zu verstehen und hieran anzusetzen. Langfristiges Denken sei hier von Nöten, um nachhaltig wirken zu können.

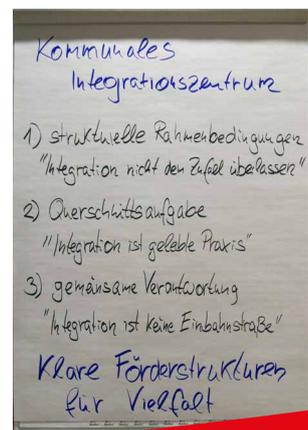


3. Erfahrungen mit Kommunalen Integrationszentren in NRW

Marijo Terzic, Leiter des Kommunalen Integrationszentrums Duisburg (Moderation: Antje Holinski)

*Zum 01.08.2013 wurde gemäß Ratsbeschluss und mit Genehmigung durch das Land in Duisburg ein Kommunales Integrationszentrum (KI) gemäß §7 des Teilhabe- und Integrationsgesetz eingerichtet. Seit dem 01.01.2018 ist das KI dem Dezernat für Integration, Sport und Gesundheit, Verbraucherschutz und Feuerwehr zugeordnet. Das KI versteht Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Es vernetzt integrationsrelevante Akteur*innen in der Verwaltung, bei freien Trägern und in Migrant*innenorganisationen, bündelt die Aktivitäten und stimmt sie aufeinander ab. Zentrale Aufgaben aus dem Bereich „Integration durch Bildung“ sind die Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen in allen Altersstufen sowie die Unterstützung junger Menschen mit Migrationshintergrund beim Einstieg in Arbeit und Ausbildung. Aus dem Bereich „Integration als Querschnittsaufgabe“ ist die Zuwanderung aus Südosteuropa das Schwerpunktthema.*

In einem kurzen Input berichtete Herr Terzic anhand von drei Thesen aus seiner Erfahrung als Leiter des Kommunalen Integrationszentrums in Duisburg. Mit der recht flächendeckenden Einrichtung von Integrationszentren – insgesamt über 50 in ganz NRW – sind auf der kommunalen Ebene verlässliche Strukturen geschaffen worden. Auch wenn diese strukturellen Rahmenbedingungen begrüßenswert sind, sei Integration nicht dem Zufall zu überlassen. Als Pendant zur Willkommenskultur brauche es auch eine aktive „Anerkennungskultur“, um Qualifikationen und Expertise von Zugewanderten schneller und leichter anzuerkennen. Dies könne sich vor dem Hintergrund eines anhaltenden Fachkräftemangels positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Als zweiten Punkt betonte Herr Terzic, dass Integration gelebte Praxis sei. Sie geschehe vor Ort im Austausch der Menschen miteinander: über Begegnungen im Alltag, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft. Hier treten Menschen in Kontakt und Dialog miteinander, es entstehen Vertrauen und gegenseitiges Verständnis füreinander und wechselseitige Lernprozesse könnten sich entfalten. Dieses individuelle, teils sehr kreative Integrationserleben stehe manchmal in Kontrast zum formellen, staatlich verordneten Integrationsauftrag. Hier brauche es noch mehr Sensibilität dafür, Vielfalt und klare Förderstrukturen zusammen zu denken und zu bringen. Schließlich sei Integration auch eine gemeinsame Verantwortung und keine „Einbahnstraße“. Dies bedeute, dass alle an Integration Beteiligten auch den Integrationsprozess gestalten sollten. Dabei gehe es häufig „zwei Schritte vor und einen zurück“, letztlich aber vorwärts. Anschließend wurde diskutiert, inwiefern das Modell der KIs von einer Stadt wie Duisburg mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Migrant*innen (40%) auf strukturschwache, dünn besiedelte Regionen übertragbar sei.



4. Wie lässt sich ein wirksamer Dialog in Krisenzeiten herstellen? Über das Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“

Dr. Willi Hetze und David Gäbel, Technische Universität Dresden (Moderation: Angelika Maser)

*Immer wieder kommt es zu belasteten und blockierten Willensbildungsprozessen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen und wo das Finden von Problemlösungen stagniert. Aus diesem Grund braucht es innovative Methoden, um Konflikte in Lösungen zu verwandeln. Dialoge zwischen politischen Verantwortlichen und Bürger*innen sind hierfür das zentrale Mittel. Die Professur für Politische Systeme und Systemvergleich der TU Dresden, der Fachbereich Sozialwesen der FH Münster und die Aktion Zivilcourage e.V. Pirna kooperieren im Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“ für die erste systematische Wirkungsforschung zu Konfliktdialogen.*

Dr. Willi Hetze und David Gäbel von der TU Dresden stellten die Ergebnisse einer Studie im Rahmen des Praxis-Theorie-Praxis-Austauschprojektes „Krise-Dialog-Zukunft“ vor. Die Studie geht der Frage nach, welche Formate für den Dialog zwischen Bürger*innen und kommunalen Entscheidungsträger*innen in Krisenzeiten wirkungsvoll sei und unter welchen Bedingungen eine Annäherung durch Dialogformate gelingen könne.

In ihrem Vortrag stellten die Wissenschaftler insbesondere zwei Erkenntnisse heraus. Erstens hänge nach ihren Ergebnissen der Erfolg eines Formats eines Bürger*innendialogs von der Eskalationsstufe des Konfliktes ab. Formate wie ein World Café, die ein zwangloses Kennenlernen untereinander und einen ersten Austausch von Meinungen fördern, seien zu Beginn eines Konfliktes hilfreich, seien als Intervention aber ungeeignet, wenn es bereits zu einer Verhärtung der Fronten gekommen ist. Zweitens sollte das Format so gewählt werden, dass es den mit dem Dialog verbundenen Zielen diene. Dialogveranstaltungen, deren Ziel es sei, zu Entscheidungen in strittigen Punkten zu kommen, brauchen andere Methoden als Veranstaltungen, in denen es um das Sammeln von Informationen oder den Austausch von Positionen gehe.

In der anschließenden Diskussion konnten Vertreter*innen mehrerer Kommunen die vorgestellten Ergebnisse der Studie aus eigener Anschauung bestätigen. Einige Bürger*innendialoge in ihren Gemeinden würden fehlschlagen, weil die Organisator*innen die Vorgeschichte des Konfliktes nicht ausreichend berücksichtigten. Vertreter*innen von Kommunen gaben zu bedenken, dass kommunale Entscheidungsträger*innen oft Beteiligte im Konflikt seien und externe Fachkompetenz für den Umgang mit Konflikten in der Gemeinde benötigt werde.



5. Vielfalt gestalten, Konflikte bearbeiten: Erfahrungen mit Modellvorhaben in Demokratie leben! zur Arbeit an Konflikten im kommunalen Raum in Sachsen-Anhalt

Anna Stein, VFB Salzwedel e.V. und Marilyn Lürtzing, Friedenskreis Halle e.V. (Moderation: Kristin Maschek)

*Zwei über das Bundesprogramm Demokratie leben! finanzierte Modellprojekte in Sachsen-Anhalt gehen 2019 ihrem Ende entgegen: Das Projekt „Gewaltfrei streiten!“ des Friedenskreis Halle verfolgt das Ziel, ein konstruktives Miteinander in Vielfalt zu fördern. Um dieses Miteinander entwickeln zu können, wird mit den Akteur*innen vor Ort eine konstruktive Streitkultur und ein positives Konfliktverständnis entwickelt. Das Modellvorhaben „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ wird vom VFB Salzwedel zusammen mit der Hansestadt Gardelegen, der Einheitsgemeinde Stadt Kalbe (Milde), der Hansestadt Osterburg und der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck durchgeführt.*

Die von Anna Stein und Marilyn Lürtzing präsentierten Modellvorhaben hatten zum Ziel, Begegnung, Austausch, Bürger*innenbeteiligung, sowie eine Identifikation mit dem eigenen Lebensraum zu fördern und damit auch das Interesse an politischer Beteiligung zu stärken sowie Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und einer Eskalation vorzubeugen. Dafür arbeiteten sowohl der VFB Salzwedel als auch der Friedenskreis Halle in enger Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Der VFB Salzwedel war im Zeitraum zwischen September 2017 und Dezember 2019 in den Gemeinden Kalbe (Milde), Hansestadt Gardelegen, Hansestadt Osterburg und Arneburg-Goldbeck tätig. Die beteiligten Gemeinden fanden im Verlauf der letzten zwei Jahre ihre eigenen Wege zu mehr Bürger*innenbeteiligung, in der Hansestadt Gardelegen beispielsweise im Rahmen der „Gardelegener Zukunftsgespräche“. Bürger*innen hatten hier an mehreren Abenden die Möglichkeit, ihre Gedanken, Wünsche, Ängste und Ideen im direkten Gespräch mit Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und Mandatsträger*innen einzubringen. Auch in Halle-Neustadt fruchteten die Bemühungen der Projektarbeit des Friedenskreis Halle e. V.: So finden seit Beginn 2019 regelmäßig Kiezkonferenzen als Forum des Treffens und Austauschs der Stadtteilbevölkerung statt. Mit der Passage 13 ist ein selbstverwalteter Ort der Begegnung und mit dem Lebendigen Neustadtkalender eine Plattform für Veranstaltungen entstanden.

Beide Projekte hatten zum Ziel, nachhaltige Strukturen für Begegnung und Teilhabe zu schaffen. Nun liege es an den Bürger*innen, den Verwaltungen und politischen Gremien, ihre Gemeinden und ihren Stadtteil weiter zu gestalten.

Tagesabschluss

Der Auftakt der Fachtagung sorgte für viele Diskussionen und Anregungen. Die Vorträge ermöglichten detaillierte Auseinandersetzung mit Konflikten und Spannungen in Kommunen als auch der Gesellschaft an sich und öffneten den Raum für interessante und konstruktive Diskussionen. Als Resümee des Tages wurden die Bedarfe von Beratungsprozessen und Beteiligung auf kommunaler Ebene festgehalten. Die Fragen, wie diesen Bedarfen begegnet werden kann, wo sich Ansprechpartner*innen und nötige Ressourcen finden lassen, blieben an diesem Tag zwar unbeantwortet, stimmte die Teilnehmenden aber darauf ein, diesen am zweiten Tag der Fachtagung weiter nachzugehen.





Freitag, 15. November 2019

Begrüßung durch Mathias Schulte, Stadt Oschersleben (Bode)

Am zweiten Tag der Fachtagung trafen sich alle Teilnehmenden in Oschersleben (Bode). Der Fokus des Tages lag auf dem Austausch zur Praxis im ländlichen Raum. Zu Beginn hieß Mathias Schulte, Pressesprecher der Stadt Oschersleben (Bode), die Tagungsgäste im Burgsaal willkommen. Schulte berichtete über die seit Anfang 2019 bestehende Zusammenarbeit zwischen der Stadt Oschersleben und dem VFB Salzwedel. Oschersleben erhoffe sich aus der Kooperation Anregungen und die Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungsansätzen. Die Stadt Oschersleben habe in den letzten 30 Jahren viel Wandel erfahren: die Folgen der Gemeindegebietsreform bedeute eine große Veränderung für die Bevölkerung, denn die Integration der umliegenden Orte in die Einheitsgemeinschaft stelle die Frage, wie das Zusammenleben gestaltet werde. Herr Schulte hob die Relevanz eines Austauschs zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft hervor – daher sei die heutige Veranstaltung wichtig und zukunftsweisend. Er freue sich darüber, dass Oschersleben Gastgeber der Partnerfachtagung sei.

Workshops: Beteiligung und Engagement: Was verstehen wir unter Beteiligung? Welche Bedingungen braucht es für wirksames kommunales Engagement?

1. Zukunftsgespräche und Beteiligung – Erfahrungen aus Gardelegen

Mandy Schumacher, Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen (Moderation: Angelika Maser)

*Mit der Idee der Zukunftsgespräche unter dem Titel „Wir für uns“ wollte die Stadt Gardelegen niedrigschwellig den Kontakt zwischen Bürgerschaft und Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung ermöglichen. Bürger*innen konnten in diesem Rahmen die Arbeit des Stadtrates kennenlernen. Stadträt*innen erhielten ihrerseits die Möglichkeit, ihre Aufgaben zu erklären und die Anliegen der Stadtbewohner*innen zu hören. Entsprechend dem Namen „Zukunfts“-Gespräche öffneten die Veranstaltungen auch einen Raum für Ideen, Wünsche und Anregungen der Bürger*innen für die zukünftige Gestaltung ihrer Stadt. Es wurden bewusst Versammlungsorte gewählt, die allgemein bekannt sind und, anders als z.B. Räumlichkeiten im Rathaus, einen informellen Charakter haben. So wurde eine angenehme, lockere Gesprächsatmosphäre gefördert.*

Mandy Schumacher, Bürgermeisterin der Einheitsgemeinde Hansestadt Gardelegen, berichtete über die Erfahrungen in ihrer Stadt mit dem Dialogformat. Die systemische Situations- und Konfliktanalyse in Gardelegen hatte aufgezeigt, dass in Gardelegen eine Kluft zwischen Bürger*innen und Politik wahrgenommen wird. Bürger*innen hätten den Eindruck, von der Politik nicht gehört zu werden und ihre Anliegen nicht einbringen zu können. Stadträt*innen und gewählte Vertreter*innen würden sich ihrerseits wünschen, dass die Bürger*innen ihnen deutlicher sagen, was sie brauchen. Beide Seiten fragten sich, warum die Kommunikation miteinander nicht funktioniert.

Frau Schumacher berichtete, dass in den Zukunftsgesprächen viele neue Ideen entstanden seien, die teilweise bereits umgesetzt werden: so rotierten inzwischen Gremiensitzungen (Stadtrat und Ortsbürgermeister*innenversammlung) durch die Ortsteile, um die Ortsteile besser einzubinden. Bürgermeisterin und Stadtrat hätten einen Gesprächsnachmittag mit Schülervertreter*innen durchgeführt, um die Bedarfe der Jugendlichen aufzunehmen und sie zum Engagement für ihre Stadt zu ermutigen. Ein Tag der Offenen Tür in der Verwaltung sowie ein Speed-Dating zwischen Bürger*innen und Stadträt*innen seien für Anfang nächsten Jahres geplant.



Frau Schumacher betonte dabei, wie wichtig es für den Erfolg der Gespräche war, Ideen, die gemeinsam entwickelt wurden, umzusetzen. Erst dadurch erlebten Bürger*innen, dass ihr Engagement Wirkung hätte.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmenden einig, dass die verschiedenen Handlungslogiken von Bürger*innen und Verwaltung die gute Kommunikation zwischen den beiden erschwere. „Verwaltungssprech“ und „Paragrafenreiterei“ würde die Bürger*innen abschrecken. Hier sahen die Anwesenden eine Verantwortung der Verwaltung, ihre Entscheidungen und Vorgänge verständlich zu formulieren. Eine weitere Herausforderung sahen die Teilnehmenden darin, ein gemeinsames Problembewusstsein zwischen Bürgerschaft und kommunalen Entscheidungsträger*innen zu entwickeln. Für Menschen, die sich ehrenamtlich z.B. als Stadtratsmitglied oder als Vereinsvorsitzende engagieren, sei es manchmal schwierig, ihr eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen und zu erkennen, dass sich Bürger*innen etwas Anderes wünschen.

2. Was bedeutet das für uns? Umgang mit politischen Veränderungen in den Kommunen im Jahr 2019

Thomas Weidlich, Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, und Angela Klier, Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit und Engagement e.V. (Moderation: Agnes Sander)

*Die Kommunalwahlen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben in vielen Gemeinden die politischen Mehrheitsverhältnisse und die Zusammensetzung von Stadt- und Gemeinderäten verändert. Verwaltung, Zivilgesellschaft und auch Berater*innen müssen mit neuen Akteur*innen umgehen, die demokratische Institutionen, Pluralismus und bislang allgemein anerkannte Kommunikationsformen in Frage stellen. Was bedeutet dies für uns?*

Die Neuzusammensetzung der Kommunalparlamente 2019 führt zu enormen Unsicherheiten in den Gemeinde- und Stadträten. Im Workshop diskutierten die Teilnehmenden darüber, welcher Umgang mit politischen Kräften, die demokratische Werte und Verfahren ganz oder in Teilen in Frage stellen, sinnvoll sein könnte. Dazu wurde eine Unterscheidung zwischen formellen (in politischen Gremien) und informellen Situationen (im Privaten und im Alltag) vorgenommen. Zielführend war dabei die Idee, sich bewusst zu machen, in welchem Kontext wir uns mit welchen Zielen bewegen und welche Möglichkeiten uns hier – v.a. auch durch Haltungen und Kommunikationsweisen im Sinne konstruktiver Konfliktbearbeitung – gegeben sind. Zentral war die Erkenntnis, dass eine konfrontative Unterscheidung in „wir“ und „die anderen“ nicht zielführend sei. Es gelte sich der Komplexität zu stellen, die die unterschiedlichen Situationen mit sich bringen und im Gespräch zu bleiben, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine Diskussionsgrundlage bzw. auch der Regelrahmen, in dem Auseinandersetzung stattfinden kann, sei das Grundgesetz.

Wichtig sei dennoch, die Bedrohung durch demokratiefeindliche Kräfte und Menschen mit geschlossenem rechten Weltbild sehr ernst zu nehmen und klar zu entscheiden, in welcher Situation welche (kommunikative) Auseinandersetzung gewinnbringend oder hinderlich sein könnte. Der Workshop wurde mit vielen offenen Fragen abgeschlossen und der Erkenntnis, dass Konflikt in einer demokratischen Gesellschaft Normalität sei.



3. Engagement in ländlichen Gemeinden – Beispiel Altmark

Marco Wille, Ortsbürgermeister Wenze und Christian Konrad, VFB Salzwedel e.V. (Moderation: Hagen Berndt)

Das Dorf Quarnebeck ist heute Ortsteil der Einheitsgemeinde Klötze. Es zeichnet sich durch ein äußerst aktives und attraktives Gemeinde- und Vereinsleben aus und wurde gerade im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ausgezeichnet und erhielt zusätzlich einen Sonderpreis für sein Engagement gegen Extremismus. Dahin zu gelangen war nicht immer einfach.

Der VFB Salzwedel hat in diesem Jahr eine Studie unter dem Titel „Integration, Teilhabe, Demokratie - Ressourcen nachhaltiger Entwicklung im Altmarkkreis Salzwedel“ durchgeführt, in der es um die Bewertung des ehren- und hauptamtlichen Engagements bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten seit 2015 ging. Es sollen Erkenntnisse für die Weiterarbeit gewonnen werden.

Quarnebeck ist ein Ortsteil der Einheitsgemeinde Stadt Klötze im Altmarkkreis Salzwedel und gehört zur Ortschaft Wenze. Das Dorf hat etwa 170 Einwohner*innen und hat Preise im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ gewonnen. Ortsbürgermeister Wille berichtete davon, wie es dem Dorf gelang, ein lebendiges Dorfleben zu gestalten. Die Gründung eines Heimatvereins schaffte den organisatorischen Rahmen für die Koordinierung von Aktivitäten, in die sich einheimische Initiativen und Vereine einbringen konnten: der Erhalt und die Umgestaltung eines Trafohauses in einen Eulenturm, die Einrichtung einer Webseite, um über die Aktivitäten zu berichten, das Aufstellen von Bänken für ein informelles Zusammenkommen und regelmäßige Kommunikation im Ort, freies WLAN oder auch ein jährlicher Kalender für gemeinsame Feste und Feiern.

Insgesamt wurde deutlich, wie wichtig es sei, Maßnahmen und Initiativen so zu planen, dass sie lokale Gegebenheiten und Strukturen (Pendler*innengesellschaft, Wegzug von Jugendlichen, ländlicher Raum) ernst nehmen, und dass es auf ein intelligent aufeinander abgestimmtes System von Ideen ankommt (nicht nur „Klön“-Bänke aufstellen, sondern eine Verabredung dazu machen), die alle Teile der Gesellschaft ansprechen. Abgestimmte Zeiten zum Zusammenkommen auf den Bänken wurde bspw. an die Pendlergesellschaft angepasst und für junge Leute, die beim Eintritt in das Erwachsenenalter häufig wegziehen, wurden die Termine der Feste und Feiern so angepasst, dass der Bezug zum Ort erhalten bleibe.



Die Relevanz der Einbindung Ehrenamtlicher und Gestaltung des Engagements im ländlichen Raum betonte auch Christian Konrad, der von den Ergebnissen einer Systemischen Situationsanalyse, die der Altmarkkreis Salzwedel im Rahmen eines durch Engagement Global finanzierten Projekts in Auftrag gegeben hatte, berichtete. Ziel dieser Studie war, die Erfahrungen mit dem Engagement Ehrenamtlicher im Zusammenspiel mit Behörden und Sozialen Trägern im Altmarkkreis auszuwerten, um daraus Lehren für die Zukunft zu gewinnen. Wichtige Ergebnisse waren Hinweise darauf, dass verlässliche Räume geschaffen werden müssten, in denen Beteiligte ihre Erfahrungen kommunizieren und Interessen aushandeln können. Schwach organisierte Gruppen in der Gesellschaft – z.B. Geflüchtete – bräuchten Unterstützung dabei, sich selbst zu organisieren, um ihre spezifischen Interessen kommunizieren und einbringen zu können. Dies sei wichtig, damit sie nicht ausschließlich Empfänger*innen von Unterstützung blieben. Schließlich sei das Ziel, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

4. Aufgaben kommunaler Präventionsgremien bei der Bearbeitung von Konflikten

Ines Vorsatz, Leiterin der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rats der Stadt Chemnitz (Moderation: Antje Holinski)

*Im Rahmen des Vorhabens „Bedarfsermittlung für Konfliktmanagement im öffentlichen Raum der Stadt Chemnitz“ arbeiten die Stadt Chemnitz und der VFB Salzwedel seit September 2019 zusammen. Ziel ist es, Möglichkeiten und Ansätze für unterschiedliche Akteur*innen in Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft zu untersuchen und weiterzuentwickeln, die dazu beitragen können, Konflikte nachhaltig zu bearbeiten und die Beteiligung von Bürger*innen am kommunalen Leben zu verbessern. Bislang wurden Hintergrundgespräche geführt und ein erster Workshop mit relevanten Akteur*innen durchgeführt.*

In ihrem Input berichtete Ines Vorsatz von ihrer langjährigen Erfahrung in der Demokratie- und Präventionsarbeit in der Stadtverwaltung Chemnitz. Mit Blick auf die Entwicklung des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz erzählte sie davon, dass die Geschäftsstelle die Aufgabe einer Koordinierungs- und Schnittstelle zwischen verschiedenen Initiativen, Projekten und Akteur*innen wahrnehme, die sich für Demokratie und ein friedliches Miteinander in der Stadt einsetze. Die Geschäftsstelle fungiere auch als Verknüpfung zu anderen Präventionsgremien in anderen Kommunen, um Best Practices auszutauschen.

Aus ihrer praktischen Tätigkeit berichtete Frau Vorsatz von drei Erfolgsprojekten der jüngeren Vergangenheit: die Einrichtung einer Präventionsdatenbank, die Präventionsangebote in der Stadt Chemnitz auf einer stetig wachsenden Onlineplattform sammelt (praevention-chemnitz.de); die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP) sowie die Veranstaltung eines Festivals der Meinungsverschiedenheit im Sommer 2019. Vor allem letzteres war ein Veranstaltungsformat, das auf eine möglichst inklusive und aktive Beteiligung der Bürger*innen abzielte und ein großes positives Echo fand. In der Diskussion wurde daraufhin thematisiert, wie sich Bürger*innenbeteiligung ganz konkret noch stärker fördern und verstetigen lasse. Dabei sprachen die Teilnehmenden u.a. darüber, dass es ohne begleitende Rahmenbedingungen nicht gehe. Eine nachhaltige Unterstützung und stabile Ansprechpartner*innen seien für bürgerschaftliches Engagement nötig. Gleichzeitig könnten zu viele Angebote aber auch überfordernd sein und jede Zielgruppe (Schüler*innen, Rentner*innen, Arbeitstätige, Migrant*innen, usw.) brauche eine spezifische Ansprache. In der Runde herrschte Einigkeit darüber, dass Erfahrungswissen über funktionierende Beteiligungskonzepte auch eine Ressource sei, die sich gut teilen lasse.



5. Konfliktbewältigung mit Geflüchteten

Bilal Almasri und Iyad Asfour, EIRENE (Moderation: Ulrike Gatzemeier)

*In den letzten Jahren sind in den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen viele Menschen aus Syrien, Afghanistan, Sudan, Iran und Somalia angekommen. Das Ende der Flucht bedeutet erst einmal Sicherheit, doch es stellt die Geflüchteten und die, die sie aufnehmen, vor viele neue Herausforderungen. Konflikte sind unvermeidbar, es geht darum richtig mit ihnen umzugehen. Integration geschieht nicht im Vorbeigehen. Es zeigt sich, dass trotz einer eigenen Wohnung und einem guten Sprachniveau viele Geflüchtete am Rande der Gesellschaft leben. Neben materieller Unterstützung braucht man viel Verständnis füreinander. Mit dem Projekt „Starke Nachbar*innen“ fördert EIRENE friedliches Zusammenleben und Integration. Dafür gilt es interkulturelle Konflikte zu identifizieren. Konflikte, die davor die Integration behindert haben, werden jetzt gelöst. So werden aus Geflüchteten aktive Mitbürger*innen, die sich für friedliches Zusammenleben einsetzen.*

Bilal Almasri und Iyad Asfour berichteten aus ihrer Arbeit in den letzten Jahren im Projekt „Starke Nachbar*innen“ und dessen Ziel, Brücken zu bauen zwischen unterschiedlichen Einwohner*innengruppen in Neuwied. Geflüchtete in Neuwied kämen aus unterschiedlichen Kontexten und Kulturen, zwischen denen es Konflikte gäbe – in den Unterkünften, in der Stadt, in gemeinsamen Begegnungsorten. Auch das Zusammenleben mit schon länger ansässigen Menschen würde Konfliktpotential bergen. Insgesamt sei es wichtig, Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die einen konstruktiven Umgang ermöglichen. Eine besondere Herausforderung in der Arbeit mit Geflüchteten sei gewesen, dass für sie oft vielseitige Sorgen um Aufenthaltsstatus, Angehörige und Arbeit im Vordergrund stehen, die kaum Ressourcen lassen, um sich mit anderen Fragen auseinanderzusetzen. Bilal Almasri und Iyad Asfour, selbst vor wenigen Jahren aus Syrien nach Deutschland gekommen, machten aber deutlich, wie das Projekt durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für den Umgang mit Konflikten es den Beteiligten ermögliche, ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen zu äußern und die anderer zu verstehen, und damit einen wichtigen Beitrag zu Integration und Teilhabe leiste. In der Diskussion wurde insbesondere deutlich, dass gute Ansätze, die Teilhabe und Zusammenleben unterstützen, Zeit bräuchten. Zum einen Zeit, um Bedarfe zu verstehen und wirksame Maßnahmen zu entwickeln: In „Starke Nachbar*innen“ wurden so den Schulungen nach und nach weitere Formate hinzugefügt wie Begegnungscafés und ehrenamtliches Engagement. Zum anderen aber auch Zeit, um Vertrauen bei den Teilnehmenden aufzubauen und so langfristig und nachhaltig mit ihnen arbeiten zu können.



Podiumsdiskussion mit Gästen aus Kommune, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. „Welche Art von Beteiligung schafft Teilhabe und Engagement?“

Jana Henning, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Osterburg

Dr. Ulrike Gatzemeier, VFB Salzwedel e.V.

Isabella Bauer, Trainerin und Beraterin

Yinka Kehinde, Interkulturelle Trainerin

Dr. Thomas Harborth, BEWOS Wobau GmbH Oschersleben (Bode)

(Moderation: Dr. Angela Mickley, Fachhochschule Potsdam)

Zum Abschluss der Fachtagung diskutierten Vertreter*innen aus Kommunen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft die Frage, welche Art von Beteiligung Teilhabe und Engagement schaffe.

Jana Henning, Mitarbeiterin der Hansestadt Osterburg, berichtete, dass es zwar einen Austausch zwischen Bürger*innen und Verwaltung gebe, viele Bürger*innen aber erst sehr spät mit Kommunalvertreter*innen sprechen würden – beispielsweise erst, wenn eine Entscheidung, die vorher lange zur Diskussion offen stand, schon getroffen wurde. Häufig sei nicht bewusst, dass die Verwaltung nicht nur verwalte, sondern auch gestalte. Zukünftig sei es dafür wichtig, dass die Verwaltung offener und transparenter arbeite. Es müssten neue Wege gefunden werden, um eine Bürger*innenbeteiligung zu erreichen – oftmals sei ein direktes Gespräch zwischen Kommunalvertreter*innen und Bürger*innen dabei ausschlaggebend.

Dr. Thomas Harborth, Geschäftsführer der BEWOS Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Oschersleben, berichtete davon, wie sein Unternehmen 2015 die Entscheidung traf, in Wohnraum zu investieren und Wohnungen an geflüchtete Menschen zu vermieten. Die BEWOS sei eine ganz „normale Wohnbaugesellschaft“, welche allerdings im Vergleich zur Stadtverwaltung in der Lage sei schneller zu handeln und zudem mehr Gestaltungsspielraum habe. Die Wohnungsbaugesellschaft sei eine wichtige Säule der Stadt: sozusagen der „ausgelagerte Arm“. Die Entscheidung 2015 war dabei eine wirtschaftliche und eine soziale: die WOB AU sah den Zuzug der Migrant*innen als Chance und als Entwicklung – Integration in ländlichen Regionen sei zwar nicht einfach, doch in Oschersleben habe es funktioniert.

Isabella Bauer, Trainerin und Beraterin, sprach darüber, wie Schreibwerkstätten Teilhabe und Beteiligung unterstützen können. In Schreibwerkstätten entstehe ein Dialograum, welchen es den Teilnehmenden ermögliche Erfahrungen zu Migration zu teilen. Es sei wichtig, Migrationserfahrung als Kompetenz und nicht als Bruch der Biographie zu betrachten. Oftmals seien Stimmen von Migrant*innen und Geflüchteten stark unterrepräsentiert: In Schreibwerkstätten und Dialogräumen würden diese Stimmen zu Wort kommen, gehört werden und leisten so einen kleinen Teil zu mehr Teilhabe in der Gesellschaft und stoßen einen Perspektivwechsel an.

Die interkulturelle Trainerin Yinka Kehinde sprach darüber, dass es verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit und des Verständnisses von Teilhabe und Partizipation gebe. Für Kehinde bedeutete Teilhabe die Möglichkeit mitzureden, mitzumachen und mitzuentcheiden aber auch mitstreiten zu können. Dafür brauche es jedoch unbedingt nötigen Informationsfluss zwischen den verschiedenen Ebenen.

Dr. Ulrike Gatzemeier, Projektleiterin beim VFB Salzwedel, berichtete aus ihrer Erfahrung mit Projekten der Kommunalen Konfliktberatung: in Kommunen werde Beteiligung und Teilhabe oftmals gewünscht. Konfliktberatung werde jedoch häufig als zusätzliche Aufgaben gesehen und daher als Belastung empfunden. Gatzemeier ging auf die Veränderungen innerhalb der letzten dreißig Jahren ein, welche die Art des Zusammenlebens beeinflusst habe. Im Moment sei sehr viel in Bewegung, dies sei in den Kommunen spürbar. Konflikte entstünden, weil es viele unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich der Veränderungen gebe. Daher bedeute Teilhabe auch, unterschiedliche Wahrnehmungen zu ermöglichen. Frau Gatzemeier sprach an, dass in vielen ostdeutschen Kommunen Menschen wegzogen, Erfahrungen machten und dann wieder zurückkehrten. Durch den Weg- und Zuzug veränderten sich somit die Gemeinden. All diese Faktoren treffen zusammen und es stellt sich die Frage: „Wie können wir gestalten?“

Ulrike Gatzemeier wies darauf hin, dass die Zivilgesellschaft als Ideengeberin wichtig sei, da sie oftmals Dinge sehe, die die Verwaltung aus verschiedenen Gründen nicht im Blick haben. Daher, so betonte sie, sei es wichtig, dass Konfliktberatung nicht in staatlicher Hand liege. Als Beispiel nannte sie, dass die Moderation von Bürger*innenbeteiligung durch einen zivilgesellschaftlichen Akteur wichtig sei. „Die Gesellschaft hört nicht beim Staat auf“ sagte Gatzemeier. Yinka Kehinde ergänzte, dass Empowerment wichtig sei – darunter verstehe sie die Stärkung einer Gruppe und die Tatsache, dass die Menschen selbst Macht haben. Es sei wichtig, dass die Gesellschaft Mitentscheidungen zulassen und möglich mache. Außerdem wies sie darauf hin, dass sich Staat und Gesellschaft mehr verzahnen sollten.

Bei der anschließenden Öffnung der Diskussion, äußerte eine Teilnehmerin Erstaunen darüber, dass Integration und Migration häufig mit Konflikten zusammengebracht werde. Es sei eine Frage der Fokussierung, so Isabella Bauer: Oftmals würden Probleme und nicht Ressourcen der Geflüchteten fokussiert. Yinka Kehinde stimmte dem zu und betonte, dass Potenziale und Perspektiven von Geflüchteten stärker in den Diskurs rücken sollten.

Nach einem anregenden Austausch mit den Teilnehmenden kamen die Podiumsgäste zu dem Schluss, dass es zukünftig nötig sei, über modellhafte Projekte hinauszukommen, Strukturen zu schaffen und Konfliktberatung zu etablieren, um so die Fähigkeit, mit vorhandenen Konflikten umzugehen, zu stärken. Dafür brauche es Motivation und den Mut, dem Prozess und unterschiedlichen Menschen Vertrauen entgegenbringen.





Abschließend erwähnte Ulrike Gatzemeier, dass der VFB Salzwedel den Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung gemeinsam mit dem Kommunen weiterentwickeln konnte und auch in Zukunft weiterentwickeln werde. Für ein Resümee der bisherigen Arbeit griff sie das Bild des Kuchens auf, welches Aladin El-Mafaalani am Vortag in seinem Vortrag gezeichnet hatte: Die Kommunen hätten die Bereitschaft, das Rezept des Kuchens zu verhandeln und würden somit die Grundsteine für Beteiligung legen.

Abschluss der Tagung

Zum Abschluss der Tagung hielten die Teilnehmenden und Moderator*innen fest, dass die beiden Tage eine gute Gelegenheit boten intensive, konstruktive und auch emotionale Diskussionen zu führen. Besonders der Anstoß, Konflikte als Chance zu betrachten, aus denen sich Neues entwickeln lasse, und die Notwendigkeit des Zuhörens und Einlassens auf andere Erfahrungen und Perspektivwechsel sei ausschlaggebend, um kommunales Leben und Beteiligung zu gestalten.

Die Projektleiter*innen des Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel, sprachen allen Teilnehmenden, Referent*innen und den Gastgeber*innen der Tagungsorten ihren Dank für die erfolgreiche und anregende Tagung aus. Sie gehen mit viel Motivation und Stärke aus den beiden Tagen und hoffen auf weitere gemeinsame Arbeit und Gestaltung.



Kontakt:

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

Verein zur Förderung der Bildung
- VFB Salzwedel e.V. -

Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel

Telefon: 03901 30149 -0

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

Internet: www.vfb-saw.de